

Manifest

Armut in Deutschland ist kein Randphänomen, sondern längst in der Gesellschaft angekommen. Immer mehr Menschen, vor allem Alleinerziehende und Kinder, sind dringend auf die Unterstützung dieser Gesellschaft angewiesen. Der in den letzten Jahren entstandene Niedriglohnsektor und die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung bei der Einführung eines gesetzlichen und branchenübergreifenden Mindestlohns führen insbesondere in Ostdeutschland zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Mehr als 1 Mio Menschen sind sogenannte Aufstocker, d. h., sie können sich und ihre Familie nicht durch ihrer Hände Arbeit ernähren!

Wie die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegt, ist insbesondere der Niedriglohnsektor stark gestiegen: von 18% im Jahr 2008 auf 22 % im Jahr 2009. Gleichzeitig ist der Verdienst im Niedriglohnbereich- in den Jahren seit 2000 -gesunken.

-Dagegen wächst der private Reichtum in Deutschland kontinuierlich an. Wie aus einer Studie der amerikanischen Unternehmensberatung Boston Consulting hervorgeht ist die Anzahl der deutschen Millionärshaushalte von 2009 zu 2010 um 23 % gestiegen.

Allerdings ist das Geld ungleich verteilt,: in Deutschland haben Einkommensunterschiede und relative Armut in den Jahren 2000-2005 mehr zugenommen, als in anderen Industriestaaten. Der ungebrochene Ansturm auf die Tafeln und Suppenküchen dieser Republik, während immer mehr Vermögende sich ihrer Verantwortung entziehen – es werden geschätzt 30 Mrd. Euro am Fiskus vorbeigeschleust - ist ein beredtes Zeichen dafür, dass in diesem Land der soziale Zusammenhalt auf dem Spiel steht!

Die aktuelle Bundesregierung scheint dieser Herausforderung nicht gewachsen. Ihr gerade vorgelegtes Sparpaket zeugt nicht nur von kühler Berechnung, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist, sondern ist auch Ausdruck einer nur noch als zynisch zu bezeichnenden Grundhaltung gegenüber den Lebens- und Teilhabechancen der Menschen in diesem Land. Während die Leistungsstarken geschont werden, während Banken weder an den Folgekosten der von ihnen verursachten, größten Finanz- und Schuldenkrise beteiligt, noch am weiteren Zocken gehindert werden, wird alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern die notwendige Unterstützung versagt. Damit wird das Gerede von der kinderfreundlichen Gesellschaft als reine Scheindebatte entlarvt, an einem ehrlichen Willen, das Sozialstaatsprinzip auch künftig als eine der Grundfesten in unserem Land umzusetzen, fehlt es. Auch die Rentenkürzung für SGB II – Empfänger zeugt von der Haltung einer Politik, die die betroffenen

Menschen längst aufgegeben hat und sie dauerhaft zu Almosenempfängern degradiert. Hinzu kommt, dass mit dieser Entscheidung den Kommunen sehenden Auges eine Last aufgebürdet wird, die sie nicht tragen können. Klientelpolitik führt zum Finanzcrash unserer Städte und Gemeinden!

Die Brandenburger Landesarmutskonferenz fordert deshalb die Bundesregierung auf, zu den Grundprinzipien unseres Sozialstaates, die die Würde des Einzelnen als Fundament einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt haben, zurück zu kehren!

Wir fordern die sofortige Rücknahme der beschlossenen Einsparungen auf dem Rücken der Ärmsten dieser Gesellschaft!

Wir fordern eine deutliche Beteiligung der Banken an der Sanierung des durch sie überschuldeten öffentlichen Haushaltes, etwa durch eine Bankenabgabe sowie eine nachhaltige Kontrolle der internationalen Finanzmärkte!

Wir fordern die Anhebung des europaweit geringsten Spitzensteuersatzes, damit sich die Leistungsfähigen dieser Gesellschaft angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen können!

Wir fordern einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn, der es den Menschen ermöglicht, dauerhaft ohne staatliche Unterstützung leben können!

Wir fordern eine allgemeine Grundrente, um der drohenden Altersarmut insbesondere in Ostdeutschland vorzubeugen!

Wir fordern die unverzügliche Neuberechnung und Anhebung des ~~Kinder~~ Regelsatzes für ALG II Empfänger sowie kostenlosen Zugang zu Förder- und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche.

Wir erwarten, dass den „Kosten“ für die Verhinderung von Armut die Kosten für die Verhinderung von „Chancen“ gegenüber gestellt werden. Wir werden schon in Kürze in diesem Land jeden Einzelnen brauchen, um dem drohenden Fachkräftmangel zu begegnen. Wir können es uns gar nicht leisten, Kinder „zurück zu lassen“! Familien, Kinder und Jugendliche brauchen eine Chance für gesellschaftliche Teilhabe, brauchen bestmögliche Förderung, um ihrer und unserer Zukunft willen!

gez.

Landesarmutskonferenz Brandenburg